



Foto von Josip Broz Tito aufgenommen im Jahre 1961. Der*Die Urheber*in unbekannt. Foto: *The Digital Library of Slovenia - dLib.si*, Josip Broz Tito, *CC0*

Entwicklung und Geschichte von Jugoslawien

Vor 70 Jahren: Bruch zwischen Stalin und Tito

Von Paul Michel | 28. Juni 2018

Am 28. Juni 1948 wurde die Kommunistische Partei Jugoslawiens aus der Kominform geworfen. Bis dahin hatte Jugoslawien im Westen als „Musterschüler*in“ von Moskau gegolten. Die jugoslawische Führung um Tito wurde durch den Rauswurf aus der Kominform und die totale Wirtschaftsblockade durch die Sowjetunion und ihre osteuropäischen Satelliten gezwungen, ihre bisherige Strategie des Aufbaus des Sozialismus grundlegend zu verändern. Die Neuorientierung der jugoslawischen Kommunist*innen brachte das Konzept der Arbeiter*innenselbstverwaltung hervor, das zu dem „Markenzeichen“ der jugoslawischen Variante des Sozialismus werden sollte. In den 60er und 70er Jahren war dieses Modell bei Teilen der westlichen kritischen Linken sehr populär. Mit dem Ende des jugoslawischen Staates im nationalen Taumel und grausamen Schlächtereien zwischen den unterschiedlichen Teilrepubliken verschwand auch die jugoslawische Arbeiter*innenselbstverwaltung aus der Wahrnehmung der undogmatischen Linken.

Jugoslawien 1945: Stalinistisch geprägt, aber nicht Stalin-hörig

Im Unterschied zu allen anderen späteren „Volksdemokratien“ Osteuropas haben die jugoslawischen Partisan*innen ihr Land aus eigener Kraft befreit. Der Stolz auf die Befreiung des eigenen Landes aus eigener Kraft war Grundlage des ausgeprägten Selbstbewusstseins der jugoslawischen Kommunist*innen. Sie beharrten auf ihrer Unabhängigkeit, setzten sich gegen Einmischungen und Bevormundungsversuche, die ihren eigenen Erfahrungen widersprachen, zur Wehr.

Im Partisanenkrieg auf sich allein gestellt

Von Beginn ihres Widerstands an waren die jugoslawischen Partisan*innen auf sich allein gestellt. Während des Kriegs gegen die deutschen Besatzer*innen hatte sich die Führung der jugoslawischen Partisanen mehrfach über mangelnde Unterstützung durch die UdSSR beklagt. Sie mussten ihren Weg alleine gehen. Praktisch ohne Unterstützung der Sowjetunion und gegen den Willen Churchills wurden sie zur schlagkräftigsten und mit Abstand stärksten Widerstandsbewegung in Jugoslawien. Auf Unterstützung aus der Sowjetunion mussten die Partisan*innen lange vergeblich warten – aus Gründen der militärischen Schwäche der UdSSR, aber auch weil Stalin den politischen Kurs der jugoslawischen Partei wegen ihrer in Stalins Augen zu konfliktbereiten Haltung gegenüber der königlichen Exilregierung in London als tendenziell „ultralinks“ sah. Wenn sie schon keine Hilfe bekamen, wollten sie sich auch nicht hineinreden und schon gar nicht etwas vorschreiben lassen.

Die Erhebung des Antifaschistischen Rates für die Nationale Befreiung (AVNOJ) zur provisorischen jugoslawischen Regierung am 29. November 1943 und das Verbot für König Peter, aus dem Exil in London in das Land zurückzukehren, wurden von Moskau „als ein Dolchstoß in unseren Rücken“ gerügt. Stalin, der zu diesem Zeitpunkt größten Wert auf gutes Einvernehmen mit Großbritannien und den USA legte, fürchtete, Churchill werde damit verärgert. Am 20. Oktober 1944 wurde Belgrad zwar maßgeblich von der Roten Armee befreit, Tito legte aber Wert darauf, dass die Rote Armee das jugoslawische Territorium bald wieder verließ. Die Befreiung der bis dahin noch von den Nazis und dem kroatischen Ustascha-Regime kontrollierten Teile Jugoslawiens führten die jugoslawischen Partisan*innen alleine durch, unter großen Verlusten.

Konflikt um Triest

Unmittelbar nach Kriegsende kam es wegen territorialer Fragen zu heftigen Konflikten mit den Westalliierten USA und Großbritannien. Ab 1945 war Triest ein Streitthema zwischen Jugoslawien und Italien bzw. den Westalliierten. Triest wie weite Teile Istriens waren 1919 Italien zugeschlagen worden. Bereits im November 1943 hatten die Partisan*innen auf dem zweiten AVNOJ-Kongress ihren Anspruch auf dieses Gebiet erklärt. Im Mai 1945 wurde das Gebiet einschließlich Triest von den Partisan*innen befreit und unter ihre Verwaltung gestellt. Erst unter starkem militärischem Druck der Briten*innen und Amerikaner*innen räumten die jugoslawischen Partisan*innen im Juni 1945 Triest, behielten aber weiterhin die Gebiete der Zone B, das südliche und östliche Umland von Triest, auf das Italien mit Rückendeckung der USA und von Großbritannien Anspruch erhob. Die Tito-Regierung warf der Sowjetunion vor, diese habe sie im Konflikt mit den Westalliierten nicht genügend unterstützt.

Unmittelbar nach Kriegsende kam es wegen territorialer Fragen zu heftigen Konflikten mit den Westalliierten USA und Großbritannien.

Triest war zusammen mit dem nordwestlichen Teil von Istrien bis 1955 aufgrund des Pariser Friedensvertrags vom Februar 1947 zwischen Italien und den Alliierten des Zweiten Weltkriegs ein neutraler Staat unter Oberhoheit der Vereinten Nationen („Freies Territorium Triest“). Es war in diesen Jahren ein ständiger Konfliktherd zwischen Westalliierten und Jugoslawien. Im August 1946, als das jugoslawische Militär nach wiederholten US-Provokationen zwei US-amerikanischer Flugzeuge abschoß, hätte dieser Konflikt beinahe zum Krieg geführt. Ohne dass dies in die Öffentlichkeit durchdrang, führte dies auch zu Konflikten mit der Sowjetunion. Denn zu diesem Zeitpunkt war Stalin ein gutes Einvernehmen mit den Westalliierten wichtiger als die Solidarität mit dem sozialistischen Jugoslawien. Die selbstbewusste Tito-Regierung brachte gegenüber der sowjetischen Führung deutlich ihre Missbilligung zum Ausdruck.

Klage über mangelhafte Wirtschaftshilfe seitens der UdSSR

Die jugoslawischen Kommunist*innen forderten vom „großen Bruder“ Sowjetunion sehr selbstbewusst umfangreiche Aufbaukredite, die Entsendung von technischen Expert*innen und die Lieferung von Fabrikanlagen. Das gefiel Stalin gar nicht, den neuen Volksdemokratien in Osteuropa war eher die Rolle zu Rohstofflieferanten zgedacht. Schließlich wurden zwei gemeinsame jugoslawisch-sowjetische Gesellschaften gebildet, eine für Lufttransport und eine für die Flussschifffahrt auf der Donau. 1947 beschwerte sich die jugoslawische Führung immer wieder, die Sowjetunion halte ihre Hilfszusagen nicht ein und verfolge bei den neugebildeten jugoslawisch-sowjetischen Aktiengesellschaften rücksichtslos ihre eigenen Interessen.

Balkanföderation

Bei der Balkanföderation handelte es sich um ein altes sozialistisches Projekt der engen Zusammenarbeit bis hin zu einem staatlichen Zusammenschluss verschiedener Balkanstaaten bereits vor dem Ersten Weltkrieg. In der unmittelbaren Nachkriegszeit verfolgten Josip Broz Tito und der bulgarische Parteichef und Ministerpräsident Georgi Dimitroff das Ziel, die beiden Länder in einer Balkanföderation zusammen zu schließen. Am 2. August 1947 unterzeichneten die beiden Staatschefs das Abkommen von Bled, das die wirtschaftliche Zusammenarbeit beider Länder, eine festen Wechselkurs der Währungen, die Vorbereitung einer Zollunion und die enge wirtschaftliche Zusammenarbeit in den Bereichen Stromerzeugung, Bergbau, Landwirtschaft, Transport und Außenhandel vorsah. Jugoslawien verzichtete auf 25 Millionen Dollar Reparationszahlungen von Seiten Bulgariens, die Jugoslawien auf der Pariser Konferenz (Juli bis Oktober 1946) zugesprochen worden waren. Im November 1947 unterzeichneten Jugoslawien und Bulgarien einen Freundschaftspakt. Die beiden Seiten strebten die Bildung eines gemeinsamen Staates an, der den Namen „Union der südslawischen Volksrepubliken“ bekommen sollte.

Dimitroff ging sogar noch weiter: Am 17. Januar 1948 erklärte er, dass eine Erweiterung dieses Zusammenschlusses denkbar wäre und nannte in diesem Zusammenhang Albanien, Rumänien, Tschechoslowakei, Polen und Ungarn als potentielle Kandidaten. Das ging der Sowjetunion zu

weit. Am 28. Januar wurde Dimitroff in einem Prawda-Artikel offen angegriffen – was zur Folge hatte, dass die Führung der bulgarischen kommunistischen Partei sich umgehend von der Idee einer Balkanföderation distanzierte.

Kalter Krieg: Stalin zieht die Zügel an

Stalin hatte das selbstbewusste, aus seiner Sicht eigenmächtige Handeln der jugoslawischen Kommunist*innen stets mit Groll verfolgt, hatte sie manchmal zurückgepiffen, war aber vor dem offenen Eklat zurückgeschreckt und eine offene Konfrontation vermieden. Offenkundig war, dass die jugoslawischen Genoss*innen und ihr selbstständiger Kurs in den osteuropäischen Bruderländern in der Bevölkerung und zumindest auch bei Teilen der kommunistischen Parteien sehr populär waren. Bei Staatsbesuchen Titos in Prag und Warschau erschienen große Menschenmengen zu Titos Begrüßung. In Bukarest kamen im Dezember 1947 trotz eines heftigen Schneesturms 500 000 Menschen, um seine Rede zu hören. In Bulgarien war Tito nicht nur bei den Massen populär. Auch Dimitroff war von den guten Beziehungen zu Jugoslawien begeistert. Jugoslawien verkörperte auch in den anderen Volksdemokratien den Anspruch auf einen eigenen Weg zum Sozialismus.

Die sowjetische Führung sah sich 1947/48 mit dem Problem konfrontiert, dass die USA mit einer Mischung aus Zuckerbrot und Peitsche versuchten, ihren Einfluss im Machtbereich der Sowjetunion zu verstärken. Im März 1947 hatten die USA mit der Truman-Doktrin auch offiziell den Kalten Krieg erklärt. Seit April 1947 stellten die USA den osteuropäischen Verbündeten der UdSSR große Summen aus dem Marshall-Plan in Aussicht, wenn sie sich aus dem Zugriff der Sowjetunion lösten und zu einer Annäherung an den Westen bereit wären. Weil die wirtschaftliche Lage in fast allen osteuropäischen Volksdemokratien sehr schwierig war, gab es in den dortigen „Volksfront“-Regierungen, vor allem bei den Sozialdemokrat*innen, eine Neigung, auf den Wink mit den Dollars positiv zu reagieren.

Stalin hatte das selbstbewusste, aus seiner Sicht eigenmächtige Handeln der jugoslawischen Kommunist*innen stets mit Groll verfolgt.

Am stärksten ausgeprägt war dies in der Tschechoslowakei. Im Juli 1947 hatte die tschechoslowakische Regierung mit Zustimmung der kommunistischen Partei Interesse an einer Teilnahme am Marshall-Plan gezeigt. Die Sowjetunion regierte sofort. Von Stalin genötigt zogen die Tschechoslowaken ihre Entscheidung zurück. In den darauf folgenden Monaten radikalisierte die stalinistische Partei ihre Haltung gegenüber ihren Bündnispartnern in der Volksfront – was schließlich in ihrem Coup vom 22. Februar 1948 mündete, als sie offen die Macht übernahmen und die sozialdemokratische Partei zur Fusion mit der kommunistischen gezwungen wurde.

Analog dazu zogen die UdSSR und ihre regionalen stalinistischen Filialen auch in den anderen Volksdemokratien die Zügel an. Die bisherigen bürgerlichen und sozialdemokratischen Partner*innen mussten sich unterordnen oder wurden ausgeschaltet. Jegliche Diskussionen um einen landesspezifischen, eigenständigen Weg zum Sozialismus wurden unterbunden. Bei einer derartigen politischen Großwetterlage wollte Stalin die „Extratouren“ der jugoslawischen

Partei, die in die Bruderparteien als Vorbild für Widerborstigkeit ausstrahlten, nicht länger hinnehmen. Stalins Angriff auf die jugoslawischen Genoss*innen war Teil der verschärften Stalinisierungspolitik der Sowjetunion, die ihrerseits eine Folge der Verschärfung des Kalten Krieges war.

Der Bruch

Im Februar 1948 wurden die jugoslawischen und bulgarischen „Genoss*innen“ nach Moskau zitiert. Dort mussten sie sich dazu verpflichten, künftig alle außenpolitischen Entscheidungen vorab mit Moskau abzustimmen. Die parallel dazu in Moskau weilende jugoslawische Wirtschaftsdelegation bekam für ihr Begehren nach Vertiefung der Wirtschaftsbeziehungen eine Absage. Kurz darauf wurden alle sowjetischen Militärberater, wenige Tage später auch die Wirtschaftsberater abgezogen. Am 28. Juni 1948 erfuhr die ungläubige Welt durch eine lapidare Meldung in einer tschechoslowakischen Zeitung, dass die jugoslawische Partei aus der Kominform ausgeschlossen worden ist.

Die Führung der jugoslawischen kommunistischen Partei traf dies zwar nicht unvorbereitet, aber man war dennoch geschockt. Denn Stalin beschränkte sich nicht auf die politische Exkommunizierung der jugoslawischen Genoss*innen, sondern er startete gleichzeitig zusammen mit den anderen Volksdemokratien in Osteuropa eine umfassende ökonomische Blockade, ergänzt durch unmissverständliche militärische Drohgebärden, die auch eine Invasion der Roten Armee in den Bereich des Möglichen rückte. In den nächsten Jahren gab es an den Grenzen zu Ungarn und Rumänien immer wieder Schießereien, wobei für die jugoslawische Seite nie klar war, ob solche Grenzprovokationen nicht den Vorwand für großangelegte militärische Operationen der Roten Armee liefern sollten.

Am 28. Juni 1948 erfuhr die ungläubige Welt durch eine lapidare Meldung in einer tschechoslowakischen Zeitung, dass die jugoslawische Partei aus der Kominform ausgeschlossen worden ist.

Der noch im Jahr 1948 in die Wege geleitete Wirtschaftsboykott traf die jugoslawischen Industrialisierungspläne schwer. Die jugoslawische Wirtschaft war stark auf den Austausch mit dem Ostblock ausgerichtet. Neben der Sowjetunion erhoffte sich die jugoslawische Führung die Lieferung von Industrieanlagen aus Polen und der Tschechoslowakei. Der Ausfall dieser Lieferungen traf die jugoslawische Wirtschaft schwer. Die Wachstumsraten gingen in den Jahren 1948 bis 1950 stark zurück. Verschärft wurden die sozialen Nöte im Land dadurch, dass das Land 1950 unter einer verheerenden Dürre zu leiden hatte. Letztendlich wurden die Folgen dadurch gemildert, dass die Führung um Tito in dieser verzweifelten Lage einen Schwenk Richtung Westen machte und in den Jahren ab 1950 tatsächlich beträchtliche Lebensmittelhilfe, Kredite und wohl auch Wirtschaftshilfe aus den USA erhielt.

Ziel der Stalinschen Blockadepolitik war der Sturz der Führungsgruppe um Tito und deren Ersetzung durch willfährige Teile der jugoslawischen Partei. Andrija Hebrang, der frühere Chef der Kommunistischen Partei Kroatiens (KPH), und Finanzminister Sreten Žujović waren Stalins Kandidaten für diese Rolle. Bereits im März 1948 wurden sie auf einer Sitzung des

Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Jugoslawiens (KPJ) von Rest des ZK zu Rede gestellt, sie blieben vollkommen isoliert und wurden schließlich verhaftet. Im ganzen Land setzte eine Kampagne gegen die „Kominformisten“ (also die Anhänger*innen Moskaus) ein. Insgesamt sollen etwa 55 000 Parteimitglieder ausgeschlossen worden sein, Tausende wurden verhaftet. In den Jahren 1948 bis 1952 herrschte ein Klima der Hexenverfolgung gegen „Kominformisten“, also Freunde Moskaus. Die Geheimpolizei von Aleksandar Ranković griff zu Methoden, die in der stalinistischen Tradition standen. Etwa 11 000 bis 18 000 „Kominformisten“ wurden in den folgenden Jahren auf der kleinen kroatischen Adria-Insel Goli otok unter unmenschlichen Bedingungen interniert.

Eine populäre kommunistische Partei

Dass Titos Herrschaft in den kritischen Jahren trotz katastrophaler wirtschaftlicher Lage nie ernsthaft gefährdet war, ist aber nicht der Härte der Repression geschuldet. Die Kommunistische Partei Jugoslawiens war in dieser Zeit im Volk äußerst populär. Die Mitgliederzahl der KPJ stieg von knapp 450 000 Mitgliedern im Juni 1948 auf ca. 780 000 Mitglieder im Juni 1952; in den sechs Monaten nach dem Beschluss der Kominform stieg die Mitgliederzahl der KPJ um 81 637 auf 530 812 Mitglieder an. In jedem anderen Land Osteuropas, in dem die Machtposition der Kommunist*innen insbesondere auf den Panzern der Roten Armee beruhte, wäre das undenkbar gewesen.

In dieser Phase hob Tito in seinen Antworten auf die Polemiken aus Moskau immer wieder hervor, wie wichtig die Unabhängigkeit Jugoslawiens sei. Mit Kritiken an der Politik der KPdSU und Angriffen auf die Person Stalin hielt man sich in Belgrad zunächst sehr zurück. Zumindest im Jahr 1948 hing auf allen Parteiversammlungen Stalins Porträt aus und in Reden wurde ihm nach wie vor gehuldigt – möglicherweise um nicht antikommunistischen Tendenzen Vorschub zu leisten. Dieses auf den ersten Blick unverständliche Agieren der KPJ hat aber auch sehr viel mit dem Umstand zu tun, dass ihr ideologischer Kompass stark durch die Weltsicht der stalinisierten Dritten Internationale geprägt war. Über ein anderes „Narrativ“ verfügte die KPJ 1948 nicht.

Zum neuen „Narrativ“ sollte die *Arbeiter*innenselbstverwaltung* werden, die laut Milovan Djilas von ihm und Edvard Kardelj während einer Autofahrt „erfunden“ worden sein soll. 1950 sollte sie mit ersten Maßnahmen erprobt und 1952/53 offiziell zu dem Markenzeichen Jugoslawiens werden.

*Eine andere Fassung dieses Beitrags ist – zusammen mit einem weiteren Artikel von Paul Michel und einem Beitrag von Catherine Samary über Arbeiter*innenselbstverwaltung – in die internationale – Magazin der ISO, Nr. 3/2018, Mai/Juni 2018, erschienen. Bestellungen an: internationale-vertrieb@intersoz.org.*

Dieser Beitrag wurde publiziert am Donnerstag den 28. Juni 2018
in der Kategorie: **Geschichte und Philosophie, Jugoslawien, Themen.**